



**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 27.02.2019

Niederschrift

27. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.02.2019

Anwesend:

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Matthias Kreh

Stadtverordnete/r

Herr Dennis Alfonso Muñoz

Frau Jutta Burghardt

Herr Marvin Donig

Frau Pia Eckert-Graulich

Frau Marina Glorius

Herr Mathias Horn

Herr Martin Kleine

Herr Karlheinz Müller

Herr Dieter Ohl

Frau Peggy Yvonne Pittner

Herr Oliver Schröbel

Herr Dr. Jens Zimmermann

ab 21:12 Uhr

Herr Michael Engels

Herr Heiko Handschuh

Herr Norbert Knöll

Herr Dr. Jochen Ohl

Herr Alexander Pfau

Frau Beate Pfeffermann

Frau Anne Babion

Herr Ernst-Ludwig Döring

Herr Stefan Jost

Herr Hansgeorg Münch

Frau Helga Weber

Herr Francisco José Correia da Silva

Herr Siegfried Hartleif

Frau Kornelia Helbig

Frau Dana Krause

Herr Alexander Kreß
Herr Dr. Fritz Roth
Herr Klaus Scheuermann

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Joachim Ruppert

Erster Stadtrat

Herr Erster Stadtrat Alois Macht ab 20:32 Uhr

Magistrat

Herr Stadtrat Richard Fikar
Frau Stadträtin Renate Filip
Herr Stadtrat Karl-Heinz Jung
Herr Stadtrat Diethard Kerkau
Frau Stadträtin Ursula Münch
Herr Stadtrat Reinhold Ritter

Ortsvorsteher

Herr Karl-Heinz Dührig
Herr Udo Kalbfleisch
Herr Karl-Heinz Prochaska

Ausländerbeiratsvorsitzende

Frau Seyhan Akca

Seniorenbeiratsvorsitzende

Frau Karin Rogalla

Verwaltung

Herr Ingo Huber

Schriftführerin

Frau Andrea Schickedanz

Nicht anwesend:

Stadtverordnete/r

Herr Christian Gradl	Entschuldigt
Frau Miriam Mohr	Entschuldigt
Herr Sven Blümlein	Entschuldigt
Frau Saskia Jungermann	Entschuldigt
Frau Helga Berthold	Entschuldigt
Frau Dr. Margarete Sauer	Entschuldigt

Magistrat

Herr Stadtrat Horst Engelhardt	Entschuldigt
Herr Stadtrat Dr. Reiner Hofmann	

Beginn der Sitzung: 20:00 Uhr
Ende der Sitzung: 22:28 Uhr

Tagesordnung:

27. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.02.2019

Teil A

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2. Mitteilungen des Magistrats
- 2.1. Synopse zu den Kriterien für den sozialen Wohnungsbau
Vorlage: FB5/1271/2019
- 2.2. Stand der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum
21.02.2019
Vorlage: FB1/3024/2019
3. Nachwahl eines Vertreters für den Abwasserverband "Unterzent/ Untere Mümling Breuberg"
Vorlage: FB1/2974/2018
4. Wahl einer stellvertretenden Schriftführerin
Vorlage: FB1/2975/2018
5. Holzvermarktung
Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)
Vorlage: FB1/2985/2019
6. Nahverkehrsplan
- 6.1. Nahverkehrsplan Darmstadt-Dieburg
Vorlage: FB5/1266/2019
- 6.2. Änderungsantrag der Fraktion "Bündnis 90/ Die Grünen" vom
20.02.2019 zum Nahverkehrsplan
Vorlage: Grü/0023/2019
7. Haushalt 2019
- 7.1. Beschluss über die Änderungsanträge
- 7.1.1. Änderungsanträge der Verwaltung
- 7.1.2. Änderungsanträge der Fraktionen
- 7.1.2.1. Winzerfestbusse; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen "Bündnis 90/
Die Grünen" und "CDU"
Vorlage: G/C/0001/2019

- 7.1.2.2. Radweg Altheim
 - 7.1.2.2.1. Sanierung des Radweges nach Altheim; Änderungsantrag der Fraktion "Bündnis 90/ Die Grünen" zum Haushalt 2019 vom 22.01.2019
Vorlage: Grü/0020/2019
 - 7.1.2.2.2. Sanierung des Radweges nach Altheim; Änderungsantrag der FDP Fraktion vom 29.01.2019 zum Änderungsantrag der Fraktion "Bündnis 90/ Die Grünen"
Vorlage: FDP/0036/2019
- 7.1.2.3. Neubau Kindergarten Wiebelsbach;
Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BVG, CDU, Grüne zum Haushalt 2019 vom 31.01.2019
Vorlage: SPD/0027/2019
- 7.1.2.4. Fahrradboxen
 - 7.1.2.4.1. Einrichtung abschließbare Fahrradboxen am P+R Parkplatz Otto-Hahn-Straße;
Änderungsantrag der CDU Fraktion zum Haushalt 2019 vom 17.01.2019
Vorlage: CDU/0020/2019
 - 7.1.2.4.2. Abschließbare Fahrradboxen am P+R Parkplatz Otto-Hahn-Straße;
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2019 zum Änderungsantrag der CDU- Fraktion
Vorlage: FDP/0037/2019
- 7.1.2.5. Austausch der Fenster und der Außentür an der Mehrzweckhalle Wiebelsbach; Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2019 vom 16.01.2019
Vorlage: CDU/0019/2019
- 7.1.2.6. Grundsteuer B
 - 7.1.2.6.1. Senkung des Grundsteuersatzes B auf 505 v.H.; Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2019 vom 16.01.2019
Vorlage: CDU/0018/2019
 - 7.1.2.6.2. Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2019 zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Senkung der Grundsteuer B
Vorlage: SPD/0030/2019
- 7.1.2.7. Bienenweiden; Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2019 vom 20.01.2019
Vorlage: SPD/0021/2018
- 7.1.2.8. Stoffwindeln

- 7.1.2.8.1. Starterpaket Stoffwindel; Gemeinsamer Antrag SPD/Grüne vom 22.01.2019
Vorlage: SPD/0019/2018
- 7.1.2.8.2. Änderungsantrag der BVG-Fraktion zum Antrag der SPD "Stoffwindeln"
Vorlage: BVG/0015/2018
- 7.1.2.8.3. Stoffwindeln; Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2019
Vorlage: FDP/0038/2019
- 7.1.2.9. Straßenschilder und Zusatzschilder; Änderungsantrag der SPD/Grüne/FDP/CDU zum Haushalt 2019 vom 25.01.2019
Vorlage: SGFC/0001/2019
- 7.1.2.10. Durchführung einer Analyse der Arbeitsprozesse des Baubetriebshofes und der Verwaltung; Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BVG vom 20.02.2019
Vorlage: S/BVG/G/0003/2019
- 7.2. Haushaltssatzung der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2019
Investitionsprogramm
Vorlage: FB2/0421/2019
- 7.3. Haushaltssatzung der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: FB2/0420/2019
- 7.4. Haushaltssatzung der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2019
Haushaltssicherungskonzept
Vorlage: FB2/0422/2019
8. Stellplatz- und Ablösesatzung der Stadt Groß-Umstadt
Vorlage: FB5/1269/2019
9. Bessere Lesbarkeit des Haushaltsplans; Antrag der CDU-Fraktion vom 16.01.2019
Vorlage: CDU/0025/2019
10. Behandlung des Themas Schulsozialarbeit im Sozialausschuss;
Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2019
Vorlage: CDU/0021/2019
11. Anregungen und Mitteilungen
12. Verleihung einer Ehrenbezeichnung;
Vorlage: FB3/0452/2019

Teil B

13. Flächennutzungsplan "Raibacher Tal"
 - 13.1. Magistratsantrag zum Antrag der SPD-Fraktion vom 05.01.2015 bzgl. Änderung des Flächennutzungsplanes Sportgelände Raibacher Tal
Vorlage: FB1/2139/2016
 - 13.2. Antrag der FDP zur Änderung des Flächennutzungsplanes "Sportgelände Raibacher Tal" vom 25.04.2016
Vorlage: FDP/0001/2016
14. Antrag auf Überarbeitung und Ergänzung der Satzung über die Bebauung und Gestaltung der Innenstadt der Stadt Groß-Umstadt vom 29.11.1976/21.05.1979
Vorlage: BVG/0009/2017
15. Durchführung einer vereinfachten orientierenden Bodenuntersuchung am Bahnhofsvorplatz in Wiebelsbach vor dem Kauf des Areals; Antrag der BVG Fraktion vom 26.11.2018
Vorlage: BVG/0018/2019
16. Radverkehr nachhaltig fördern - Benennung eines Fahrradbeauftragten; Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 22.01.2019
Vorlage: Grü/0022/2019
17. Verkehrsentwicklungsplan; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2018
Vorlage: SPD/0024/2018
18. Schaffung von Wohnraum im alten Bettenhaus der Kreisklinik; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2018
Vorlage: SPD/0026/2018
19. Investitionsplan - Prioritätenliste; Antrag der FDP-Fraktion vom 21.01.2019
Vorlage: FDP/0034/2019
20. Sozialer Wohnungsbau; Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2019
Vorlage: CDU/0022/2019
21. Prüfantrag Neubau Feuerwehrstützpunkt; Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2019
Vorlage: CDU/0024/2019
22. Beleuchtung Bushaltestelle Abzweig Semd; Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2019
Vorlage: CDU/0026/2019

Stadtverordnetenvorsteher Kreh eröffnet die 27. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Zunächst erteilt er gem. § 30 (Abs. 3) der Geschäftsordnung Rügen (Ordnungsrufe):

Er stellt fest, dass durch das Verlassen der Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anlässlich der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, ohne dass die Gründe hierfür dargelegt worden wären, gegen § 1 Abs. 2 der GO der Stadtverordnetenversammlung verstoßen wurde. Dieses Verhalten verstößt damit gegen das Regelwerk, das sich alle Stadtverordneten selbst gegeben haben. Er missbilligt dieses Verhalten. Der guten Ordnung halber weist er darauf hin, dass im Wiederholungsfalle eine schriftliche Ermahnung erfolgen kann und auch erfolgen wird. In diesem Sinne fordert er auf, sich künftig ohne Ausnahme an die Geschäftsordnung dieses Gremiums zu halten.

Es folgen persönliche Erklärungen gem. §26(2) der Geschäftsordnung:

Persönliche Erklärung Martin Kleine:

Sehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, hiermit entschuldige ich mich in aller Form für das unangekündigte vorzeitige Verlassen der Stadtverordnetenversammlung am 31. Januar 2019.

In der hektischen Situation sah ich in meinem Handeln den einzigen Ausweg, um ein Scheitern der Haushaltsverabschiedung inklusive der dazugehörigen Anträge zu verhindern. Als Konsequenz einer Ablehnung wäre es meiner Meinung nach zu einer wochen- bzw. monatelangen vorläufigen Haushaltsführung, verbunden mit dem Aufschub wichtiger Investitionen gekommen. Dies wollte ich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Groß-Umstadt verhindern und habe in der Sekunde der Entscheidung - als ehrenamtlich tätiger kommunaler Mandatsträger - nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt.

Mein Sitzungsgeld werde ich dem Waldkindergarten spenden.

Martin Kleine

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender SPD

Groß-Umstadt, den 21. Februar 2019

PS: Alle Mitglieder der SPD-Fraktion schließen sich in vollem Umfang meiner persönlichen Erklärung an!

Gezeichnet:

Herr Dennis Alfonso Muñoz

Frau Jutta Burghardt

Herr Marvin Donig

Frau Pia Eckert-Graulich

Herr Christian Gradl

Herr Mathias Horn

Herr Martin Kleine

Frau Miriam Mohr

Herr Karlheinz Müller

Frau Peggy Yvonne Pittner

Herr Oliver Schröbel

Persönliche Erklärung Siegfried Hartleif

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Kollegen von CDU, BVG und FPD, sehr geehrte Damen und Herren,

auch im Namen der Fraktion entschuldige ich mich für das vorzeitige Verlassen der STVV am 31.01.2019.

Alle Fraktionen haben den Sachverhalt dazu aus ihrer jeweiligen Sicht auf ihren Internetseiten dargestellt. Er wurde zudem ausführlich in den Medien diskutiert. Dem brauche ich also nichts mehr hinzuzufügen.

Gefreut hat uns, dass wir trotz der etwas angespannten politischen Situation Gespräche mit der BVG, der CDU und der FDP führen konnten, die in einer durchaus guten, konstruktiven und respektvollen Atmosphäre stattfanden. Das macht Hoffnung, dass wir in dieser Art und Weise auch weiterhin zusammenarbeiten können.

Schauen wir also wieder nach vorne und schauen wir, dass die vielen Projekte, die für unsere Stadt so wichtig sind, vorangebracht werden.

Auch wir geben unsere Sitzungsgelder vom 31.01.19 an den Waldkindergarten weiter.

Siegfried Hartleif

Fraktionsvorsitzender „Bündnis 90/Die Grünen“

Zur Tagesordnung wurden bei den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss am 14.02.2019 die Punkte 8 und 9 in die nächste Sitzung verschoben. Der Punkt 10 wurde in der Sitzung des Sozialausschusses am 13.02.2019 zurückgezogen.

Bürgermeister Ruppert bittet um nachträgliche Aufnahme des Punktes 12 „Verleihung einer Ehrenbezeichnung“.

Der Punkt wird einstimmig mit 30 Jastimmen auf die Tagesordnung aufgenommen.

Zum Protokoll der 26. Sitzung vom 31.01.2019 liegen keine Einwände vor.

Stadtverordneter Handschuh merkt an, dass der Kommentierung zu § 53 der HGO zu entnehmen sei, dass die Stellung der Frage nach der Beschlussfähigkeit aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung erfolgen müsse und somit die Abgabe der Sitzungsleitung an einen Stellvertreter erforderlich gewesen wäre. Er stellt fest, dass nach seiner Rechtsauffassung die Sitzung nicht rechtmäßig beendet worden ist.

Teil A

Zu TOP 1 **Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers**

Stadtverordnetenvorsteher Kreh greift einige Punkte und Darstellungen seit der letzten Sitzung auf:

- Es wurde die Frage gestellt, wer die Frage nach der Beschlussfähigkeit gestellt hätte. Frau Babion hat diese Frage sachlich ans Parl-Büro gestellt. Andere haben den Vorwurf erstmal in die Zeitung gesetzt.

Im Wust von Unmutsbekundungen sei dies in der Situation untergegangen, daher zitiert er die Stelle von der Tonaufnahme:

„Ich darf zu allererst gem. § 18 unserer Geschäftsordnung nach der Beschlussfähigkeit fragen. Ich zähle durch, ...“

- In der Presse wurde er an gleich 2 Stellen mit Worten vom Neujahrsempfang zitiert, er habe gesagt, es wäre eine „vorbildliche Diskussionskultur“ beschworen. Das ist falsch. Er zitiert kurz ein paar wenige Sätze aus seinem eigenen Redemanuskript :

Auf die Stichworte Wertschätzung und Umgang miteinander habe er die Frage gestellt:

„Wie machen wir gemeinsam Politik und gestalten gemeinsam die Zukunft unserer Stadt?“

Und weiter:

„Auch in unseren Sitzungen und Gremien der Stadtverordnetenversammlung war dies zuletzt wiederholt ein Thema. Wir waren hier einmal bekannt für unsere Konsenskultur. Konsens, das bedeutet miteinander zu reden und zuzuhören, Meinungen auszutauschen. Das ist im politischen Alltag nicht immer leicht, es erfordert viel Zeit und Geduld.

Konsens erfordert Kompromiss. Beides sind wichtige Werte der Demokratie. Sie sind mühsam, aber helfen unsere Stadt gemeinsam voranzubringen.“

Von einer „vorbildlichen Diskussionskultur“ sei hier bestenfalls in der Vergangenheitsform die Rede. Er merkt an, dass ausgerechnet diejenigen, die sich für den Neujahrsempfang entschuldigt haben, später meinten, ihn mit falschen Zitaten in der Presse zitieren zu müssen. Dies findet er unschön.

- Dann gab es nochmals die Kritik für die Redezeit. Hierzu hält er fest, dass das Vorgehen gemeinsam mit allen Fraktionsvorsitzenden im Ältestenrat beschlossen wurde. Er hatte zwischenzeitlich nicht den Eindruck, dass sich besonders viele Sitzungsteilnehmer schwertaten, dem Sitzungsverlauf zu folgen.

- Abschließend wünscht er einen konstruktiven Verlauf der Haushalts-Sitzung.

Zu TOP 2 **Mitteilungen des Magistrats**

Bürgermeister Ruppert

- weist auf die ausgeteilten Mitteilungsvorlagen zum „Stand der Beschlüsse“ sowie zur Synopse zum Sozialen Wohnungsbau hin. Zu letzterem bittet er die Fraktionen um Beratung, wie die weitere Vorgehensweise aussehen soll.
- gibt aktuell vorliegende Informationen zu den Neubaugebieten weiter. Hier sollen vorab Investitionskosten, die außerhalb der Erschließung anfallen, kalkuliert werden.
Für Kleestadt liegt eine grobe Überrechnung mit 4,7 Millionen Euro für die Lösung der Abwasserthematik mit Einrichtung eines Trennsystems und Anteilen der Wasserversorgung vor.
Für Heubach gibt es noch keine Zahlen, allerdings kann aufgrund der geringen Größe des Baugebiets auf ein Trennsystem verzichtet werden und somit kann von einem geringen Umfang ausgegangen werden.
In Wiebelsbach ist im linken Bereich (von Odenwaldstraße hoch auf Strutfeld schauend) schon relativ viel vorverlegt und es werden daher keine nennenswerten Zusatzinvestitionen notwendig. Kostenspielig würde eine Bebauung über die topografische Kuppe.
- berichtet über ein erfolgreiches Gespräch mit dem Landkreis, hinsichtlich des angekauften älteren Wohngebäudes für die Betreuende Grundschule in Wiebelsbach, in dem viel zu tun ist. Hier hat der Landkreis Prüfungen zugesagt, um das Ist-Angebot zu verbessern. Es gäbe dann eine Lösung für die Mittagversorgung. Die Frage der Schlafräume ist aber noch ungeklärt.
- teilt mit, dass sich die Bahn hinsichtlich des Geländeverkaufs am Bahnhof Wiebelsbach zu einer Prüfung auf Grundlage des durch die Stadt vorgelegten Wertgutachtens bereit erklärt hat.
- berichtet über den Umzug der Betreuenden Grundschule Heubach vom alten Rathaus in die Halle des TV 07, um eine höhere Aufnahmekapazität zu erreichen. Allerdings sei diese auch nicht ausreichend. Hier sei vom Kreis ein Neubau oberhalb der Schule für 2020 bzw. 2021 in Aussicht gestellt. Die Schule wird dann in den Pakt für den Nachmittag gehen.
- teilt mit, dass zum Radweg Raibach die Information eingegangen sei, dass ein neues Planungsbüro gesucht werde. Enttäuschend sei, dass immer noch keine Planung mit offiziellem Status vorliege, aber es sei erkennbar, dass daran gearbeitet werde.
Hinsichtlich der bereitgestellten 9 Millionen Investkosten für die Kanalsanierung sei nach der Kanalbefahrung von geringen Kosten auszugehen. Dies sei aber auch abhängig davon wie Hessen mobil die Straßensanierung gestaltet. Zur Gesamtmaßnahme liegt die Information vor, dass der Bauabschnitt, der den Ortsausgang Richtung Dorndiel bis hoch zum Binselberg bis zur Abzweigung der Landesstraße betrifft, noch dieses Jahr beginnen soll. Sobald ein konkreter Ablaufplan vorliegt, werden die Bürger eingeladen.

- teilt mit, dass es in den nächsten Tagen am Krankenhaus weitergehen wird. Eine Ringleitung soll die Versorgung in die neuen Baugebiete sicherstellen. Nach Rücksprache mit dem Planungsbüro wird derzeit nach einem Termin gesucht, um die Anlieger entsprechend über den aktualisierten Ablaufplan zu informieren.
- berichtet über den Fortschritt bei den Arbeiten für die neue Trinkwasseraufbereitungsanlage.
- teilt mit, dass die vorliegende Expertise für das Schwimmbad durch einen weiteren Sachverständigen absprachegemäß überprüft und bestätigt worden sei. Weiterhin berichtet er, dass für das Schwimmbad eine neue Fachkraft gefunden werden konnte.
- bezieht sich auf die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und den in der Presse angesprochenen § 63 der HGO. Hiernach **hat** der Bürgermeister einem Beschluss zu widersprechen, der das Recht verletzt. Weiterhin **kann** er einem Beschluss widersprechen, der das Wohl der Gemeinde gefährdet. Dies sei eine Möglichkeit gewesen, da ein Nichtbeschluss des Haushalts nie zum Wohl der Gemeinde sei. Er regt für künftige Haushaltsberatungen an, nach Wegen zu suchen (z.B. über Änderungsanträge), um dem Haushalt zustimmen zu können.

Zu TOP 2.1 **Synopse zu den Kriterien für den sozialen Wohnungsbau** **Vorlage: FB5/1271/2019**

Inhalt der Mitteilung

Die Verwaltung hat den Auftrag übernommen aus den diversen Präsentationen zum Thema „Sozialer Wohnungsbau“ in Ausschusssitzungen die Erkenntnisse und Aussagen in eine Matrix zu überführen. Hierzu kamen aus dem Haupt- und Finanzausschusses ein Kriterienkatalog, der sich aus den Präsentationen ergeben hatte.

Die entstandene Matrix liegt anbei. Die vorgeschlagenen Kriterien wurden in Spalten überführt und aus den Ausschussprotokollen wurden die dazugehörigen Aussagen und Erkenntnisse unter den jeweiligen Referenten in den Zeilen notiert.

Das Ansinnen der Politik ist, strategische Ansätze oder Partner zu finden, um das Thema „Sozialer Wohnungsbau“ in Groß-Umstadt voranzubringen. Aus Sicht der Verwaltung erscheint die entstandene Matrix im Ergebnis nicht unbedingt hilfreich, um Erkenntnisse daraus zu gewinnen. Es wird daran erinnert, dass die Vorstellungen begannen mit dem Vorhaben des Landkreises über eine noch nicht genau definierte neue Organisationform, die Kommunen und den Landkreis zu unterstützen bei der Findung und Realisierung sozialer Wohnungsbauprojekte.

Der Ansatz des Landkreises kam bekanntermaßen nicht zum Tragen, da zu wenige Kommunen Bereitschaft zur Teilnahme an der Weiterführung eines solchen Projek-

tes signalisiert hatten. Um aber auch Alternativen entsprechend bewerten zu können, wurde von politischer Seite vorgeschlagen, einige bekannte Akteure – wie geschehen – einzuladen und zu hören.

Es war bereits zu Beginn klar, dass in der Auswahl völlig unterschiedliche Sichten und Rollen aufeinandertreffen. Realisierer, die Projekte eher aus bautechnischer Sicht betrachten, Investoren bis zu einer genossenschaftlichen Struktur. Ergebnisse sind entsprechend schwer bis kaum vergleichbar.

Rückblickend erscheint aus Sicht der Verwaltung sinnvoll, das Thema „Sozialer Wohnungsbau“ wie bisher Projekt- und Einzelfall-bezogen weiter zu verfolgen. Dies bedeutet sowohl eine Bewertung privater Projekte, die entstehen, wie auch in allen laufenden Angelegenheit der Planungen – insbesondere der Bauleitplanungen - zu untersuchen, inwieweit sozialer Wohnungsbau integriert bzw. realisiert werden kann.

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2.2 **Stand der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum 21.02.2019**
Vorlage: FB1/3024/2019

Inhalt der Mitteilung

Der Stand der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum 21.02.2019 ist beigefügt.

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 3 **Nachwahl eines Vertreters für den Abwasserverband "Unterzent/ Untere Mümling Breuberg"**
Vorlage: FB1/2974/2018

Beschluss:

Als Vertreter für die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes „Unterzent – Untere Mümling Breuberg“ wird nachgewählt:

Herr Karlheinz Dührig.

Als Stellvertreter wird nachgewählt:

Herr Mirco Dührig

Abstimmungsergebnis:

30 Jastimmen

Herr Karl-Heinz Dührig und Herr Mirco Dührig erklären persönlich, dass sie die Wahl annehmen.

Zu TOP 4 **Wahl einer stellvertretenden Schriftführerin **Vorlage: FB1/2975/2018****

Beschluss:

Frau Olivia Haiduk wird in Ergänzung des Beschlusses vom 21.04.2016/TOP 3 als weitere stellvertretende Schriftführerin gewählt.

Abstimmungsergebnis:

30 Jastimmen

Zu TOP 5 **Holzvermarktung **Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)** **Vorlage: FB1/2985/2019****

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Groß-Umstadt beschließt zur Vermarktung der in ihrem Wald anfallenden Hölzer im Sinne einer nachhaltigen Bewirtschaftung ihres Waldes als Element der Daseinsvorsorge für ihre Bevölkerung und die Öffentlichkeit die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) mit dem Namen

Holzkontor Darmstadt-Dieburg-Offenbach AöR

gemeinsam mit den nachgenannten Städten und Gemeinden

Alsbach-Hähnlein, Babenhausen, Bickenbach, Darmstadt, Dieburg, Dietzenbach, Egelsbach, Eppertshausen, Fischbachtal, Griesheim, Groß-Bieberau, Groß-Zimmern, Hainburg, Langen, Mainhausen, Messel, Modautal, Mühlheim am Main, Mühlthal, Münster (Hessen), Ober-Ramstadt, Obertshausen, Otzberg, Reinheim, Rödermark, Rodgau, Roßdorf, Schaaheim, Seeheim-Jugenheim, Seligenstadt und Weiterstadt.

Die Anstalt entsteht durch Vereinbarung ihrer Errichtung, welche am Tage nach der letzten öffentlichen Bekanntmachung wirksam wird.

2. Gleichzeitig beschließt die Stadtverordnetenversammlung die als Anlage 1

vorgelegte Satzung. Diese tritt gleichzeitig in Kraft. Sie beinhaltet folgende Kernpunkte:

- Das Stammkapital beträgt 50.000 EUR. Es wird durch die Städte und Gemeinden in gleichen Anteilen erbracht. Demnach sind durch die Stadt Groß-Umstadt bei 32 Anstaltsträgern 1.562,50 € zu erbringen. Mit vorliegender Beschluss der Gründung ist ein entsprechender Investitionstitel im Haushalt 2019 der Stadt Groß-Umstadt einzuplanen. Ein gesonderter Änderungsantrag zum laufenden Haushalt erübrigt sich.
 - Verwaltungsratsmitglieder sind die Oberbürgermeisterinnen/ Oberbürgermeister/Bürgermeisterinnen/Bürgermeister einer jeden Anstaltsträgerin.
 - Der Magistrat wird beauftragt, die für die Gründung der AöR erforderlichen weiteren Verfahrensschritte vorzubereiten und die bereits mit der Kommunalaufsicht vorabgestimmte Satzung zum Abschluss zu bringen.
3. Der Bürgermeister als Vertreter im Verwaltungsrat der AöR wird im Rahmen der dortigen Abstimmungsprozesse insbesondere ermächtigt:
- den Sitz und die Standorte der Anstalt festzulegen;
 - den Entschädigungssatz je verkauften Festmeter festzulegen;
 - den Geschäftsplan zu erarbeiten und den Aufbau der Team- und Organisationsstrukturen zu begleiten.

Abstimmungsergebnis:

29 Jastimmen
1 Enthaltung

Zu TOP 6 **Nahverkehrsplan**

Zu TOP 6.1 **Nahverkehrsplan Darmstadt-Dieburg **Vorlage: FB5/1266/2019****

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Groß-Umstadt nimmt den Nahverkehrsplan Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

1. Es wird gebeten folgende Anregungen mit aufzunehmen bzw. an geeigneter Stelle einzuarbeiten:
 - a. In die Planungen einer Streckenführung über Sammelbusse bzw. Schiene sind Alternativen zu betrachten, die über Groß-Zimmern hin-

ausgehen, um den Mittelzentrumsbereich Groß-Umstadt mit anzubinden.

- b. Im Linienbündel Groß-Umstadt ist geplant die Streckenführungen der Linien durch Groß-Umstadt zu vereinfachen. Die innerstädtischen Schleifen (Krankenhaus, Gewerbegebiet, etc.) sollen durch einen Stadtbus (möglicherweise in elektrischer Variante) abgedeckt werden.

2. Informell zu ergänzen sind folgende Tabellen:

Ort	Standort/Lage	Vorhaben/ Maßnahme/Projekt	Größe WE, ha)
Groß-Umstadt	Am Umstädter Bruch	Wohngebiet	85 WE
	Auf dem Steinborn	Wohngebiet	80 WE
	3 Standorte (Kernstadt)	Gewerbeflächen zu Wohnen	73 WE
	Gewerbegebiet Otto-Hahn-Straße	Gewerbegebiet	6,1 ha

Tabelle 9, Seite 58; seit 2011 realisierte Siedlungsentwicklungen

Groß-Umstadt	Standort/Lage	Vorhaben	Größe (WE, ha)	vis. Realisierung	Verbindlichkeit der Planung
	Stadtteil Semd Buschweg	Wohngebiet	50 WE	Ende 2020	Bauleitplanung im Verfahren
	Stadtteil Heu-	Wohn	21 WE	k.A.	Bauleitplanung vor Aufstel-

	bach	gebiet			lungsbeschluss
	Stadtteil Kleestadt	Wohngebiet	108 WE	k.A.	FNP-Änderung durchgeführt
	Stadtteil Wiebelsbach	Wohngebiet	69 WE	k.A.	2 Bauabschnitte geplant - Beschluss Stadtverordnetenversammlung
	3 Standorte (Kernstadt)	Gewerbeflächen zu Wohnen (56 WE	Ende 2019	im Bau
	Innenverdichtung (Hans-Böckler-Straße)	Gewerbeflächen zu Wohnen	48 WE	Ende 2020	Bauleitplanung im Verfahren
	Innenverdichtung Gustav-Hacker-Siedlung	Ausweisung von zusätzlichen Wohnbauflächen	110 WE	k.A. verschiedene Planungsabschnitte	Stadtverordnetenbeschluss Erster Abschnitt – Beginn 2019

	Mühlstraße (stadteigenes Grundstück)	Wohnbebauung	32 WE	k.A.	positiver Vorbescheid durch die Bauaufsicht liegt vor
	Gewerbegebiet West	Gewerbegebiet	16 ha	k.A.	Bauleitplanung im Verfahren -

Tabelle 10; Seite 59; bis 2023 geplante Siedlungsentwicklungen

3. Auf Seite 44 sind in Tabelle 7 einige Firmen mit über 200 Mitarbeitern aufgelistet. Diese bitten wir für Groß-Umstadt zu ergänzen um:

Kreiskliniken
Sparkasse Dieburg
Resopal
EMS Chemie

4. Auf Seite 25 wird mit Kapitel 2.3.4.4. auf das wohl vorliegende Klimaschutzkonzept der Stadt Dieburg verwiesen und die Aussagen zur Nahmobilität sind eingearbeitet. Der Vollständigkeit halber bitten wir analog das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Groß-Umstadt einzuarbeiten. Relevant sind hier die Seiten 60ff (Kap. 3.4.)

Abstimmungsergebnis:

30 Jastimmen

**Zu TOP 6.2 **Änderungsantrag der Fraktion "Bündnis 90/ Die Grünen" vom 20.02.2019 zum Nahverkehrsplan
Vorlage: Grü/0023/2019****

Beschluss:

In den Beschlussvorschlag FB5/1266/2019 „Nahverkehrsplan Darmstadt Dieburg“ soll als Punkt 5 zusätzlich aufgenommen werden:

Auf Seite 45 sind in Tabelle 8 „Weiterführende Schulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ die Ernst-Reuter-Schule als Integrierte Gesamtschule und das Max-Planck-Gymnasium aufgelistet. Ergänzt werden sollten die Grundschulen Wendelinusschule in Klein-Umstadt und Geiersbergschule in Groß-Umstadt.

Abstimmungsergebnis:

30 Jastimmen

Zu TOP 7 Haushalt 2019

Zu TOP 7.1 Beschluss über die Änderungsanträge

Zu TOP 7.1.1 Änderungsanträge der Verwaltung

Die in der Anlage aufgeführten Anträge „Redaktionell“ mit den lfd. Nr. 1 - 9 werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 24 Jastimmen (SPD, Grüne, CDU)
 2 Neinstimmen (FDP)
 5 Enthaltungen (BVG)

Die in der Anlage aufgeführten Anträge „Ergebnishaushalt“ mit den lfd. Nr. 1 -13 werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 24 Jastimmen (SPD, Grüne, CDU)
 2 Neinstimmen (FDP)
 5 Enthaltungen (BVG)

Die in der Anlage aufgeführten Anträge „Invest/Finanzhaushalt“ mit den lfd. Nr. 1 - 6 werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 24 Jastimmen (SPD, Grüne, CDU)
 2 Neinstimmen (FDP)
 5 Enthaltungen (BVG)

Die in der Anlage aufgeführten Anträge „Ortsbeiräte und Beiräte“ mit den lfd. Nr. 1 -3 werden an den Magistrat überwiesen.

Abstimmungsergebnis: 31 Jastimmen

Zu TOP 7.1.2 Änderungsanträge der Fraktionen

**Zu TOP
7.1.2.1** **Winzerfestbusse; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen "Bündnis 90/ Die Grünen" und "CDU"**
Vorlage: G/C/0001/2019

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, ein neues Winzerfestbuskonzept unter Einbeziehung des ÖPNV-Angebots und der aktuellen Linienfahrpläne zu erstellen. Auf dieser Basis sind die Verhandlungen über den Betrieb des Winzerfestbusses mit dem Ziel zu führen, dass Defizit auf 15.000,-- Euro zu begrenzen.

Abstimmungsergebnis:

31 Jastimmen

**Zu TOP
7.1.2.2** **Radweg Altheim**

**Zu TOP
7.1.2.2.1** **Sanierung des Radweges nach Altheim; Änderungsantrag der Fraktion "Bündnis 90/ Die Grünen" zum Haushalt 2019 vom 22.01.2019**
Vorlage: Grü/0020/2019

Der von der BVG-Fraktion durch Herrn Münch vorgetragene Ergänzungswunsch wird als 2. Absatz seitens des Antragstellers übernommen.

Beschluss:

Der Magistrat wird mit der Umsetzung der im Radverkehrskonzept LK Darmstadt-Dieburg unter Nummer G045 beschriebenen Maßnahme (Radweg nach Dieburg/Altheim) beauftragt.

Hierfür sollen im Haushalt 2019 Investitionsmittel in Höhe von 115.000€ bereitgestellt werden.

Die Verwaltung beantragt im Vorfeld der Umsetzung entsprechende Zuschüsse. Sollte die Förderquote unter 50 % liegen, wird die Maßnahme ins nächste Haushaltsjahr verschoben.

Abstimmungsergebnis:

23 Jastimmen (SPD, Grüne, BVG)
8 Neinstimmen (CDU, FDP)

Zu TOP
7.1.2.2.2

**Sanierung des Radweges nach Altheim; Änderungsantrag der FDP Fraktion vom 29.01.2019 zum Änderungsantrag der Fraktion "Bündnis 90/ Die Grünen"
Vorlage: FDP/0036/2019**

Es wird über den Beschlussvorschlag

„Der Magistrat wird beauftragt, die Möglichkeiten einer Querungshilfe über die Landesstrasse L3115 zu prüfen, sowie die Kosten zur Vorlage einer Beschlussfassung für die Stadtverordnetenversammlung zu ermitteln“

abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8 Jastimmen (FDP, CDU)
 23 Neinstimmen (SPD, Grüne, BVG)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Zu TOP
7.1.2.3

**Neubau Kindergarten Wiebelsbach;
Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BVG, CDU, Grüne zum
Haushalt 2019 vom 31.01.2019
Vorlage: SPD/0027/2019**

Beschluss:

Im Haushalt werden 30.000 Euro für die Planung des Neubaus eines Kindergartens im Stadtteil Wiebelsbach bereitgestellt.

Die Kosten sind aus Budget 4 zu finanzieren. Zu diesem Zweck sind unter Budget 4, „Sportstätten, Hallen, Bürgerhäuser“, die Mittel für Vereinszuschüsse (I-00000011) um 30.000 Euro im Jahr 2019 zu reduzieren.

Bis zur Beratung des Haushaltsplanes 2020 sind durch die Verwaltung die Möglichkeiten und die dadurch entstehenden Kosten für eine Angebotsverbesserung in der Kita Wiebelsbach zu ermitteln. Die Angebotsverbesserung soll insbesondere die Punkte Verlängerung der Öffnungszeiten, Mittagsessensversorgung und Erweiterung der vorhandenen Plätze umfassen.

Weiterhin soll der Magistrat prüfen, ob die Erweiterung der Betreuungsplätze im Ortskern, an der Mehrzweckhalle oder einer noch zu erwerbenden Fläche realisiert werden können.

Abstimmungsergebnis:

31 Jastimmen

Zu TOP
7.1.2.4

Fahrradboxen

Zu TOP
7.1.2.4.1

**Einrichtung abschließbare Fahrradboxen am P+R Parkplatz Otto-Hahn-Straße;
Änderungsantrag der CDU Fraktion zum Haushalt 2019 vom
17.01.2019
Vorlage: CDU/0020/2019**

Beschluss:

Auf dem Gelände des P+R-Parkplatzes in der Otto-Hahn-Straße werden sechs abschließbare Fahrradboxen installiert.

Finanzierungsvorschlag:

Die Finanzierung der etwa 6.000,- Euro erfolgt aus dem Zentralbudget und verringert dadurch den Jahresüberschuss entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

26 Jastimmen (SPD, Grüne, FDP, CDU)
5 Neinstimmen (BVG)

Zu TOP
7.1.2.4.2

**Abschließbare Fahrradboxen am P+R Parkplatz Otto-Hahn-Straße; Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2019 zum Änderungsantrag der CDU- Fraktion
Vorlage: FDP/0037/2019**

Es wird über den Beschlussvorschlag

„Auf dem Gelände des Bahnhofs Wiebelsbach und auf dem Gelände des P+R-Parkplatzes an der Otto-Hahn-Straße werden je sechs abschließbare Fahrradboxen installiert. Aufgrund der höheren Fahrgastfrequenz wird die Maßnahme in Wiebelsbach zuerst umgesetzt. Die Finanzierung erfolgt über das Zentralbudget.“

abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 2 Jastimmen (FDP)
 29 Neinstimmen (SPD, Grüne, BVG, FDP)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Zu TOP
7.1.2.5

Austausch der Fenster und der Außentür an der Mehrzweckhalle Wiebelsbach; Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2019 vom 16.01.2019
Vorlage: CDU/0019/2019

Beschluss:

Der im Investitionsprogramm unter Projekt 238 vorgesehene Austausch der Fenster und der Außentür in der Mehrzweckhalle in Wiebelsbach wird von 2020 auf 2019 vorverlegt. Das Investitionsprogramm ist entsprechend anzupassen.

Finanzierungsvorschlag:

Die Mittel können aus der geplanten Kanal- und Trinkwasser-Sanierung in Raibach (Invest.-Projekt 182) entnommen werden.

Abstimmungsergebnis:

31 Jastimmen

Zu TOP
7.1.2.6

Grundsteuer B

Zunächst wird über den konkurrierenden Hauptantrag (TOP 7.1.2.6.2) der SPD-Fraktion abgestimmt.

Zu TOP
7.1.2.6.1

Senkung des Grundsteuersatzes B auf 505 v.H.; Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2019 vom 16.01.2019
Vorlage: CDU/0018/2019

Aufgrund des beschlossenen konkurrierenden Antrags der SPD-Fraktion unter TOP 7.1.2.6.1 wird über den vorliegenden Antrag nicht abgestimmt.

Zu TOP
7.1.2.6.2

Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2019 zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Senkung der Grundsteuer B
Vorlage: SPD/0030/2019

Beschluss:

Auf eine Senkung des Steuersatzes der Grundsteuer B wird für das Haushaltsjahr 2019 verzichtet. Im Rahmen des erstmals vorgesehenen Eckwertebeschlusses im Vorfeld der Haushaltsberatungen für das Jahr 2020 soll parteiübergreifend beraten

werden, in welchem Umfang unter Beachtung der Rahmenbedingungen, die Grundsteuer B gesenkt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

18 Jastimmen (SPD, Grüne)
13 Neinstimmen (FDP, BVG, CDU)

Zu TOP
7.1.2.7

Bienenweiden; Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2019 vom 20.01.2019
Vorlage: SPD/0021/2018

Beschluss:

Die Bleiche als innerstädtisches Naherholungsgebiet wird künftig zusätzlich für beispielhafte Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz genutzt. Die Bildungseinrichtungen sollen auf die Maßnahmen gesondert hingewiesen werden. Neben weiteren im Fachausschuss zu beratenden Maßnahmen, werden folgende Punkte umgesetzt, für die im Haushalt 1.500€ bereitgestellt werden sollen:

- Pflanzung eines Blühstreifen als Beitrag zur Biodiversität.
- Aufstellen eines Insektenhotels.
- Aufschüttung eines Steinhauens als Rückzugsort für Amphibien und andere Tiere nach dem Vorbild der Erlebnisobstwiese.
- Ansiedlung eines Bienenvolks in Abstimmung mit dem Imkerverein Groß-Umstadt e.V. und dem Umstädter Museums- und Geschichtsverein e. V. auf dem Gelände des Gruberhofs
- Informelle Unterstützung mittels Infotafeln.

Weiterhin soll der Magistrat die Kosten zur Erneuerung der Fontaine und deren Kopplung an eine Solaranlage prüfen, so dass diese ausschließlich mit Sonnenenergie genutzt wird.

Schließlich wird der Magistrat beauftragt zu prüfen, welche weiteren städtischen Flächen geeignet sind, um Bienenweiden nach dem Vorbild der Bleiche in allen Stadtteilen anzulegen. Hierfür soll ein Austausch mit Imker- und Naturschutzvereinen stattfinden.

Abstimmungsergebnis:

24 Jastimmen (SPD, Grüne, CDU)
7 Neinstimmen (FDP, BVG)

Zu TOP
7.1.2.8

Stoffwindeln

Zunächst wird über den Änderungsantrag der BVG-Fraktion (TOP 7.1.2.8.2) abgestimmt.

Zu TOP
7.1.2.8.1

Starterpaket Stoffwindel; Gemeinsamer Antrag SPD/Grüne vom 22.01.2019
Vorlage: SPD/0019/2018

Beschluss:

Groß-Umstädter Eltern erhalten bei der Geburt eines Kindes ein Starterpaket Stoffwindeln. Der Magistrat wird beauftragt, sich zur Werbung und Beratung bezüglich Nutzung von Stoffwindeln mit geeigneten Institutionen (Hebammen, Krankenhäuser) in Verbindung zu setzen. Die Verteilung erfolgt über Vorratshaltung bei der Verwaltung. Die Eltern sollen Nachweise (Gutscheine o.ä.) erhalten, um möglichst einfach ein Starterpaket direkt abholen zu können bzw. auf Anforderung zugesendet bekommen.

Eltern, die sich für ein anderes Stoffwindelpaket entscheiden, können gegen Vorlage eines entsprechenden Nachweises den Geldwert bis zum Maximalbetrag entsprechend dem Starterpaket erhalten.

Details im Ablauf regelt der Magistrat. Die Kosten sind für den Haushalt 2019 einzuplanen. Die Kosten für ein solches Paket belaufen sich auf 70 Euro bis 100 Euro. Bei einer angenommenen Jahrgangstärke von 150 Kindern, sind 15.000 Euro im Haushalt einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

23 Jastimmen (SPD, Grüne, BVG)

8 Neinstimmen (CDU, FDP)

Zu TOP
7.1.2.8.2

Änderungsantrag der BVG-Fraktion zum Antrag der SPD "Stoffwindeln"
Vorlage: BVG/0015/2018

Es wird über den Beschlussvorschlag

„Die Stadt Groß-Umstadt bietet denjenigen Eltern eine finanzielle Unterstützung, die durch Vermeidung von Müll ihren Beitrag zur Schonung unserer Umwelt leisten möchten. Groß-Umstädter Eltern erhalten auf Antrag pro Kind einmalig eine Kostenerstattung für den Erwerb eines Windel- Starterpaketes. Der Zuschuss wird gegen Kostennachweis gewährt und beträgt maximal 200 €. Für die Aktion sind an geeigneter Stelle 10.000 € im Haushalt 2019 einzustellen.“

abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Jastimmen (BVG, CDU)
20 Neinstimmen (SPD, Grüne, FDP)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Zu TOP **Stoffwindeln; Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom**
7.1.2.8.3 **30.01.2019**
 Vorlage: FDP/0038/2019

Der Antrag wurde durch die FDP-Fraktion zurückgezogen.

Zu TOP **Straßenschilder und Zusatzschilder; Änderungsantrag der**
7.1.2.9 **SPD/Grüne/FDP/CDU zum Haushalt 2019 vom 25.01.2019**
 Vorlage: SGFC/0001/2019

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt an allen Straßenschildern in Groß-Umstadt, die den Namen einer Persönlichkeit tragen, ein jeweiliges Zusatzschild anzubringen. Die Zusatzschilder sollen mit Informationen über das Wirken der jeweiligen Person versehen werden. Diese Regelung soll auch für städtische Einrichtungen gelten, die nach Personen benannt wurden. Hierfür sollen im Haushalt 2019 1.000 € eingeplant werden. Diese soll der Magistrat, solange erforderlich, die nächsten 10 Jahre ebenfalls berücksichtigen und einplanen.

Abstimmungsergebnis:

26 Jastimmen (SPD, Grüne, BVG, FDP)
5 Neinstimmen (BVG)

Zu TOP **Durchführung einer Analyse der Arbeitsprozesse des Baubetriebshofes und der Verwaltung; Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BVG vom 20.02.2019**
7.1.2.10 **Vorlage: S/BVG/G/0003/2019**

Bürgermeister Ruppert äußert, dass er mit dem Wortlaut des Antrages nicht zufrieden ist. Er habe Kenntnis von dem Antrag gehabt, allerdings habe er ihn auf den Bauhof bezogen, wo man ähnlich wie beim Bereich des Gebäudemanagements sicher punktuell externe Unterstützung gut einsetzen könne. Er betont, dass die Intension des Antrages eine Angelegenheit des Magistrats sei.

Er findet es keine gute Vorgehensweise, die gesamte Verwaltung schon wieder mit sich selbst zu beschäftigen. Es wurde nebenbei eine Umstrukturierung mit neu geschaffenen Schnittstellen umgesetzt und man sei derzeit mit Projektabwicklungen

genug ausgelastet. Sukzessive wird hier abgearbeitet. Eine Investition in eine Gesamtanalyse hält er nicht für zielführend.

Generell kritisiert er die Anmerkungen zu den angeblich „deutlich“ erhöhten Personalkosten. Es liegen Vergleichszahlen mit anderen Kommunen vor, die gerne eingesehen werden können. Zudem war immer erkennbar, dass in den Vergleichen den höheren Personalkosten entsprechend niedrigere Sach- und Dienstleistungsaufwendungen gegenüberstünden.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, bis zur Sommerpause 2020 (Juni 2020) mit Hilfe eines Beratungsbüros eine Analyse der Arbeitsprozesse des Baubetriebshofes und der Verwaltung durchführen zu lassen.

Mit Hilfe dieser Analyse soll herausgefunden werden, ob und welches Potenzial es gibt, die gegenwärtigen Arbeitsprozesse in den oben genannten Bereichen effizienter zu gestalten, besonders unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der Digitalisierung und der Automatisierung.

Für eine solche Analyse ist eine externe Unterstützung unbedingt erforderlich, weil:

- diese Arbeit in der Verwaltung nicht zusätzlich zu den laufenden Aufgaben zu leisten ist und
- durch die externe Beratung zusätzliche Impulse aus der Erfahrung und aus anderen derartigen Beratungsaufträgen eingebracht werden können.

Die Analyse der einzelnen Prozesse soll auch betrachten, inwieweit diese Prozesse auch im Rahmen einer eventuellen interkommunalen Zusammenarbeit effizient sind. Der Magistrat holt dazu bis zum 30.08.2019 Angebote von geeigneten Beratungsunternehmen ein um die benötigten Mittel im Haushalt 2020 bereit stellen zu können. Die Ergebnisse dieser Analyse liefern dann die Entscheidungsgrundlage dafür, ob zu gegebener Zeit auch für die Veränderung der bestehenden Arbeitsprozesse eine externe Beratungsunterstützung benötigt wird.

Im Haushalt 2019 werden an geeigneter Stelle 20 000 € Beratungsleistungskosten eingestellt, um bereits in diesem Jahr eine Analysephase durchführen zu können, damit der Zeitplan bis 2020 zu halten ist.

Abstimmungsergebnis:

30 Jastimmen

1 Neinstimme (CDU)

Zu TOP 7.2 **Haushaltssatzung der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2019 Investitionsprogramm**
Vorlage: FB2/0421/2019

Beschluss:

Das im Entwurf vorliegende Investitionsprogramm der Stadt Groß-Umstadt für den

Planungszeitraum 2018 bis 2022 wird

– ergänzt um die hierzu beschlossenen Änderungsanträge –

beschlossen und dem Haushaltsplan 2019 als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

18 Jastimmen (SPD, Grüne)

8 Neinstimmen (FDP, CDU)

5 Enthaltungen (BVG)

Zu TOP 7.3 **Haushaltssatzung der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: FB2/0420/2019**

Beschluss:

Die im Entwurf eingebrachte Haushaltssatzung der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2019 wird

– ergänzt um die hierzu beschlossenen Änderungsanträge –

beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

18 Jastimmen (SPD, Grüne)

8 Neinstimmen (FDP, CDU)

5 Enthaltungen (BVG)

Zu TOP 7.4 **Haushaltssatzung der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2019 Haushaltssicherungskonzept
Vorlage: FB2/0422/2019**

Beschluss:

Das Haushaltssicherungskonzept zum Produkthaushalt der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2019 wird in der vorliegenden Fassung

- ergänzt um die hierzu beschlossenen Änderungsanträge, soweit sie das Haushaltssicherungskonzept tangieren; sowie beschlossene Änderungsanträge zum Haushaltssicherungskonzept selbst –

beschlossen,

und der Haushaltssatzung der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2019 als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

18 Jastimmen (SPD, Grüne)
8 Neinstimmen (FDP, CDU)
5 Enthaltungen (BVG)

Zu TOP 8 **Stellplatz- und Ablösesatzung der Stadt Groß-Umstadt
Vorlage: FB5/1269/2019**

Der Punkt wurde bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung zurückgestellt.

Zu TOP 9 **Bessere Lesbarkeit des Haushaltsplans; Antrag der CDU-
Fraktion vom 16.01.2019
Vorlage: CDU/0025/2019**

Der Punkt wurde bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung zurückgestellt.

Zu TOP 10 **Behandlung des Themas Schulsozialarbeit im Sozialausschuss;
Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2019
Vorlage: CDU/0021/2019**

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Zu TOP 11 **Anregungen und Mitteilungen**

Stadtverordneter Münch

- spricht den Radweg nach Altheim an. Bei der Einfahrt in den Wald in Höhe des Bauernhofes „Reith“ sei ein großes Schlagloch. Weiterhin fällt die Einfahrt stark ab. Es wäre gut diese etwas höher zu legen und zu asphaltieren. Bürgermeister Ruppert sagt eine Prüfung zu.

Stadtverordneter Correia da Silva

- spricht die Baustellenbeschilderung in der Saint-Péray-Straße an und bittet um Überprüfung, ob hier eine bessere Lösung gefunden werden könne, z.B. könne über die Einrichtung einer Tempo 30 – Zone nachgedacht werden; Bürgermeister Ruppert teilt mit, dass eine Baustelle immer ein Kompromiss sei und es dort natürlich eng sei. Die Situation sei mit den Busunternehmen im Vorfeld abgestimmt.

- spricht die mit Eröffnung der Eiscafesaison aufgetretenen Probleme an, da Halteverbotsschilder an der Ecke „Am schwarzen Berg“ nicht gesehen bzw. ignoriert werden. Bürgermeister Ruppert: muss über verstärkte Kontrollen geregelt werden.

Stadtverordneter Scheuermann

- bittet um einen Hinweis an die zuständige Stelle, dass die Ampel, die am Radweg Heubach durch einen Unfall zerstört wurde, abgeholt wird, da diese gefährlich in den Radweg hineinragt. Bürgermeister Ruppert: wird an Hessen mobil weitergegeben, denkt dass es an der Vielzahl von Baustellen liegt.

Stadtverordnete Burghardt

- weist darauf hin, dass die in den Stockwiesen montierte Geschwindigkeitsmesskontrolle auf der anderen Seite effektiver angebracht sei.

Zu TOP 12 **Verleihung einer Ehrenbezeichnung; Vorlage: FB3/0452/2019**

Beschluss:

Herrn Walter Neufingerl wird die Ehrenbezeichnung „Ehrenwehrführer“ der Freiwilligen Feuerwehr Groß-Umstadt/Richen verliehen.

Abstimmungsergebnis:

31 Jastimmen

Matthias Kreh
Stadtverordnetenvorsteher

Andrea Schickedanz
Schriftführerin